

T. D. F.

AVRUPA TÜRKİYELİ DEMOKRATİK İŞÇİ DERNEKLERİ FEDERASYONU

Föderation demokratischer Vereine der Arbeiter aus der Türkei in Europa e. V.

T.D.F. 43 Essen Postfach 512 Hüttmannstraße 1 BR Deutschland

tel.: 0201 / 626775

Konto-Nr.
Bank für Gemeinwirtschaft AG in Essen
10090902

Büro Saattleri: Pt.-Cuma 17.00 - 20.00
ct.-pazar 12.00 - 20.00

43 Essen, Hüttmannstraße 1
den 27. März 1975

PRESSEMITTEILUNG

Zur Pressekonferenz am 27.3.1975, Essen

- Ab 1. April: Zuzugssperre für Ausländer
- Drastische Massnahmen gegen Ausländer-Familien
- Diskriminierende Praxis der Behörden
- Türkische Föderation: "Gastarbeiter keine Menschen zweiter Klasse"
- Aufruf zur Vollversammlung in Gelsenkirchen
- Für "Mehr Verständnis bei der Bevölkerung"
- Betreuungsstelle in der Nähe des türk. Generalkonsulats in Essen

Zur aktuellen Lage der ausl. Arbeiter und ihrer Familien:

Die anhaltende Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit treffen die ausl. Arbeiter wirtschaftlich gesehen zumindest ebenso hart wie ihre deutschen Kollegen. Die Krise wird aber für die ausl. Arbeiter und ihre Familienangehörigen eher zu einer Existenzfrage, denn sie bringt aufenthalts- und arbeitsrechtliche Konsequenzen mit sich/nach der Praxis in den letzten Wochen verheerende Folgen haben können:

- Arbeitserlaubnisse für bestehende Arbeitsverhältnisse werden nicht verlängert, obwohl gültige Aufenthaltserlaubnis und Bereitschaft des Betriebes vorliegen;
- Aufenthaltserlaubnisse werden an Arbeitserlaubnisse gekoppelt, die in einigen Wochen auslaufen; dadurch wird eine Verlängerung der Arbeitserlaubnis von vornherein ausgeschaltet;
- Ausgehend von Par. 19 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) werden den Ausländern, deren Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnisse auslaufen, selbst ihre Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung aberkannt; sie bekommen keine Arbeitslosenunterstützung!

Ab 1. April 1975 tritt die von uns verfassungsmässig als bedenklich angesehene "Zuzugssperre" für Ausländer in Kraft. Die Wohngebiete werden in "Muss-" und "Kann-Zonen" eingeteilt; dies bildet aber anscheinend nur die erste Stufe zu einer weiteren wahlkampfässig rechtzeitig angelaufenen "Eskalation" in der Ausländerpolitik:

Denn die nichtveröffentlichten Ergebnisse der Beratungen des Staatssekretärenausschusses der Bundesregierung lassen vermuten, dass als nächstes die Unterbindung der Familienzusammenführung auf dem Programm steht.

Es muss aber dann gefragt werden, wie es steht um die Würde des Menschen; um Freiheit und Freizügigkeit, die manche Politiker, solange es noch gut ging, so gern im Munde führten?

Die Last auf dem Rücken der Schwächsten?

Es wird deutlich, dass die Last der Krise auf dem Rücken der Schwächsten, nämlich der ausl. Arbeiter und ihrer Familien ausgetragen werden soll. Dass man sie ins Land gerufen hatte, weil man auf ihre Mitarbeit angewiesen war, scheint man jetzt zu vergessen. Und obwohl dies genau bekannt ist, dass man eben auf diese Mitarbeit auch in der Zukunft nicht verzichten kann, tut man jetzt so, als seien die ausl. Arbeiter schuld an der ganzen Krise.

Bestimmte Kreise versuchen auf dieser Weise zweierlei zu erreichen:

1. Die wahren Hintergründe der Krise zu verschleiern und gleichzeitig die Spaltung der deutschen und ausl. Arbeiter herbeizuführen bzw. zu vertiefen;
2. den deutschen Kollegen vorzugaukeln, sie täten etwas gegen die Ursachen der Krise, in dem sie Massnahmen zur Einschränkung der Ausländerbeschäftigung ergreifen.

Trotz Ablehnung durch Unternehmer:
Mehr ausl. Betriebsräte als bisher

Obwohl baden-württembergische Unternehmerorganisationen in öffentlichen Stellungnahmen dazu aufgerufen haben, in die Betriebsräte keine Ausländer zu wählen, da dies zu einer unerwünschten Zementierung der Ausländerbeschäftigung führe, steht es schon in diesen Wochen klar, dass diesmal viel mehr ausl. Kollegen in die Betriebsräte gewählt worden sind. Dies zeigt deutlich, dass die Spaltungsversuche der Unternehmer ein Schlag ins Wasser war; deutsche und ausländische Arbeiter sind nicht gewillt, dem Abbau der demokratischen Rechte im Betrieb und in der Gesellschaft durch Verzicht auf gesellschaftliches und politisches Engagement Vorschub zu leisten.

Die Aktion der Unternehmer aus Baden-Württemberg ist keinesfalls als ein Einzelvorgang zu betrachten; sie reiht sich vielmehr in einer Reihe von Repressionen gegen ausl. Arbeiter und ihre Organisationen ein, die sich aktiv für die Interessen ihrer Kollegen einsetzen.

Übersetzungs- und Betreuungsstelle in der Nähe des Türk. Generalkonsulats Essen

Von dem grossen Bedarf an sachlichen Informationen und tatkräftiger Unterstützung ausgehend, den die letzten Entwicklungen unter den ausl. Bürgern ausgelöst haben, hat sich die TDF entschlossen, in Zusammenarbeit mit dem Essener Verein, dem mittlerweile ca. 300 Türken angehören, eine Betreuungs- und Übersetzungsstelle direkt in der Nähe des Generalkonsulats zu betreiben, die tägl. von annähernd 400 Landsleuten besucht wird.

In dem Büro auf Holundaweg 44, werden während der Sprechstunden fachkundige Dolmetscher und Betreuer anwesend sein und die anfallenden Probleme in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden zu lösen versuchen. Die zunächst alle ehrenamtlichen Mitarbeiter, die auf diesem Gebiet über mehrjährige Erfahrungen verfügen, rechnen dabei vor allem mit der aktiven Unterstützung des DGB und der Arbeiterwohlfahrt, mit denen in erster Linie eine Kooperation angestrebt wird.

100.000 Info-Blätter für Türken

Angesichts der offenen Diskriminierung ausl. Arbeiter und ihrer Familien hat die TDF zusätzlich zu ihren Zeitungen und Mitteilungsblättern eine einmalige Ausgabe des Informationsblattes herausgebracht, die in einer Auflage von 100.000 in diesen Tagen im gesamten Bundesgebiet unter den türkischen Landsleuten verteilt wird. Neben einer Reihe von praktischen Tips werden die Türken in diesen Flugblättern aufgerufen, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern sich in Gewerkschaften zu engagieren und auf ihren Rechten zu beharren, die sie sich durch gleiche Lohn- und Sozialabgabenzahlungen erworben haben. Man solle den Schritt vor die Arbeits- oder Sozial- und Verwaltungsgerichte nicht scheuen, wenn man glaube als Menschen zweiter Klasse bzw. als "Wegwerfartikel" behandelt worden zu sein.

Die Unterstützung der TDF und der ihr angeschlossenen Vereine sei daher für den gemeinsamen, organisierten Kampf ebenfalls von grundsätzlicher Bedeutung.

Vollversammlung vom 28.3. - 31.3.1975 in Gelsenkirchen

Die zweite Vollversammlung der TDF, die erst im Juli 1974 in Recklinghausen gegründet ist und schon in der kurzen Zeit über 20 Vereine aus der Bundesrepublik sowie dem

europ. Ausland unter ihrem Dach organisieren konnte, steht unter dem Zeichen verschärfter politischer Auseinandersetzungen sowohl in Westeuropa wie auch in der Türkei.

Im Zusammenhang mit der aktuellen Lage der ausl. Arbeiter stellt die TDF bei diesem Anlass folgende Forderungen auf:

- Gleiches Recht für alle; Deutsche und Ausländer, in allen gesellschaftlichen Bereichen!
- Keine Einteilung in privilegierte und "einfache" (EG- und Nicht-EG-)Ausländer!
- Weg mit der "Zuzugssperre" und anderen unmenschlichen Massnahmen, die die Ausländer verfassungswidrig an ihre Wohngebiete bzw. Firmen per Gesetz binden!
- Schluss mit der Anwendung von Paragraphen, die die Familienzusammenführung, Bezug von Arbeitslosenunterstützung, Ausbildung von Kindern beeinträchtigen!
- Aufenthalts- und Arbeitsberechtigung für Ausländer statt Gnadenakte der Behörden!
- Schluss mit den antidemokratischen Repressionen gegen fortschrittliche Ausländer!
- Korrektur der diskriminierenden Kindergeld-Regelung!
- Gleiche Grundrechte auch für schulpflichtige Kinder ausl. Arbeiter!
- Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung von Ausländern; gegen das reaktionäre Ausländergesetz!

Im Hinblick auf die Verhältnisse in der Türkei stellt die TDF folgende Forderungen auf:

- Abschaffung aller antidemokratischen Paragraphen, die politische Betätigung und Meinungsbildung beeinträchtigen und unter hohen Freiheitsstrafen stellen!
- Die "Staatssicherheitsgerichte", die unter der Kontrolle der Militärs stehen, müssen abgeschafft werden!
- Das Recht aller Werktätigen auf freie gewerkschaftliche Betätigung muss gesetzlich garantiert werden!
- Schluss mit den faschistischen Angriffen auf die Arbeiter, Gewerkschaftler, Lehrer und Studenten!
- Freiheit für alle politische Gefangenen!
- Wahlrecht für die im Ausland lebenden Türken!
- Aufhebung aller Parteienverbote! Weg mit dem repressivem Vereinsgesetz!
- Recht auf Arbeit in der Heimat!